



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Anna Toman, Gabriele Triebel, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

Flexible Grundschule als Regelangebot verankern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Bedürfnissen und der unterschiedlichen Entwicklung der Grundschul Kinder verstärkt Rechnung zu tragen. Aus diesem Grund soll das Modell der Flexiblen Grundschule als Regelangebot implementiert werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, hierzu ein Konzept, einschließlich der Fortbildung der Lehrkräfte, und einen „Fahrplan“ vorzulegen.

Begründung:

In der Regel entscheidet in Bayern das Geburtsdatum und eine Schuleingangsuntersuchung über die „Schulfähigkeit“ des Kindes. Bisher galt der 30. September als Stichtag für alle Kinder. Immerhin werden ca. 13 Prozent aller Kinder ein jedes Jahr zurückgestellt, weil die Eltern ihr Kind nicht „schulreif“ empfinden, ihrem Kind noch ein Jahr Kindergarten gönnen wollen oder weil triftige Gründe gegen die Einschulung sprechen. Wir von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass die Einschulung flexibilisiert wird, der Elternwille hier gestärkt wird und darüber hinaus sich die Grundschule selbst mehr den Bedürfnissen und der Entwicklung der Kinder anpassen kann. Die Kinder brauchen mehr Zeit und mehr individuelle Angebote. Deshalb fordern wir, dass das Modell der Flexiblen Grundschule implementiert wird und in die Fläche gebracht wird, so dass tatsächlich am Ende alle Eltern in Bayern entscheiden können in welchem Tempo ihr Kind durch die erste sensible Phase der Grundschule geht.

Schließlich ist beim Thema Einschulung viel Unsicherheit und Sorge vorhanden. Auch weil die Grundschulzeit kurz ist und nach nur vier Jahren der Übertritt ansteht. Dadurch entsteht Druck. Eltern haben oft Sorge, dass ihr Kind diesen vier Jahren nicht gerecht wird und den Übertrittsdruck nicht aushält. Deswegen sagen viele Eltern, dass sie den Kindern mehr Zeit geben müssen, da die Kinder weiterkommen müssen. Sie wollen ihnen die Einschulung deswegen ersparen.

Bemerkenswert ist hier: Die Eltern, deren Kinder das Schulmodell der Flexiblen Grundschulen nutzen können, stellen deutlich seltener zurück als Eltern, deren Kinder nicht an diesem Schulmodell teilnehmen. Während es sonst 13 Prozent sind, liegt die Zurückstellungsquote an der Flexiblen Grundschule bei nur 4 Prozent. Hier durchlaufen die Kinder die Jahrgangsstufen eins und zwei in einem, zwei oder drei Jahren, je nach Begabung und Entwicklungsstand. An diesem Beispiel sieht man sehr gut, dass wir im bayerischen Bildungssystem einen großen Veränderungsbedarf haben. Allerdings gibt es von 2.200 staatlichen Grundschulen nur 268 Grundschulen in Bayern, die dieses Modell anbieten. So hat nur ein kleiner Bruchteil der Eltern die Möglichkeit dieses Modell bewusst auszuwählen. Von dem abgesehen, dass der Schulsprengel zunächst bindend ist.

Die Flexibilisierung der Eingangsphase an der Grundschule leistet einen wesentlichen Beitrag zu einer kindgerechten Schule.